

Viel Kritik und ein bisschen Lob

Politik | Thorsten Frei und Karl Rombach diskutieren mit den Niedereschachern über Ärztemangel und DSGVO

»Jetzt red i«, hieß es bei einer gemeinsamen Veranstaltung der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) im Schwarzwald-Baar-Kreis und des CDU-Ortsverbandes Niedereschach in den Räumen der Firma »Jäckle & Flaig« im Niedereschacher Gewerbegebiet.

■ Von Albert Bantle

Niedereschach. Die Gäste nutzten dabei die Gelegenheit, bei einem urigen Speckvesper mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei, dem CDU-Landtagsabgeordneten Karl Rombach und Niedereschachs Bürgermeister Martin Ragg darüber zu diskutieren, was ihnen unter den Nägeln brennt.

Dabei waren die Fragen zum Teil so speziell, dass sowohl Frei als auch Rombach versprachen, bestimmte Problemstellungen mit nach Berlin und Stuttgart zu nehmen – um dort mit den jeweiligen Fachleuten die genaue Rechtslage zu besprechen, damit sie später eine möglichst umfassende Antwort geben können.

Begrüßt wurden die drei

Politiker vom Niedereschacher CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Max Fauler, der dabei auch noch ausführlich auf die Herstellung des Schwarzwälder Schinkenspecks einging. Moderiert wurde der Abend vom MIT-Vorsitzenden im Schwarzwald-Baar-Kreis, Rainer Christel. Die Bewirtung an diesem Abend lag in den bewährten Händen eines Teams des Sportvereins Niedereschach – mit dessen Vorsitzendem Volker Frick an der Spitze.

Kritisiert wurde aus den Reihen der Besucher, dass der Gesetzgeber Bauherren immer mehr »Prügel« in den Weg lege und völlig unnötig die Baukosten nach oben treibe. Deshalb rentiere sich für die Investoren kein Mietwohnungsbau mehr – und aus diesem Grund sei der Wohnraum knapp. Als Beispiel wurde der geogen belastete Bauaushub genannt, der aufgrund natürlicher Begebenheiten, wenn die Baugrube ausgehoben wird, plötzlich fast wie Sondermüll behandelt und für teures Geld abgefahren werden müsse.

Gleiches gelte für Vorschriften im Heizungs- und Energieeinsparungsbereich. Auch die neue Datenschutzgrundverordnung koste nur unnötig



Einiges anhören mussten sich Thorsten Frei, Martin Ragg und Karl Rombach bei der »Jetzt red i«-Veranstaltung in Niedereschach. Fotos: Bantle

Energie und Nerven, meinten die Besucher der Veranstaltung. Kritisiert wurde auch, dass die Politik wenig für den Mittelstand tue und diesen statt zu entlasten immer mehr belaste. Probleme hätten einige auch mit der Ausweisung von Vogelschutz- und FFH-Gebieten bis an die Ortsetter sowie mit den »sündhaft teuren Ausgleichsmaßnahmen« im Baubereich.

Die Niedereschacher Apothekerin Susanne Wohlfarth erläuterte anhand von Praxisbeispielen die Ungleichbehandlung von Apotheke und Internethandel: Es könne nicht sein, dass es in der Apotheke für manche Arzneimittel die Ausgabe ohne Rezept nicht erlaubt sei, während man dasselbe Medikament über den Internethandel ohne Rezept erhalte.

An dieser Stelle ergriff Bürgermeister Martin Ragg das

Wort und erläuterte aus kommunaler Sicht sehr umfassend, wie wichtig eine Apotheke im Ort ist. Ebenso ausführlich ging Ragg auf die in Niedereschach vorhandene, aber keinesfalls selbstverständliche Infrastruktur ein.

Er kam auch auf die Probleme beim Erdaushub zu sprechen, wo die Kommunen aus seiner Sicht vom Gesetzgeber im Stich gelassen werden. »Hier liegt vieles in der Praxis im Argen«, gab der Schultes Frei und Rombach mit auf den Weg.

Angesichts der vielen kritischen Wortmeldungen freuten sich die beiden Politiker auch über Lob. Das kam von Karl Zehnder, der das vom Land geförderte und in Niedereschach vorbildlich umgesetzte E-Mobilitätsprojekt »Spurwechsel« lobte. Gerade für ältere Menschen, die nicht mehr so mobil sind, sei das

Projekt ein Segen.

Einen breiten Raum nahmen bei der Diskussion auch die Themen Fachkräftemangel und Zuwanderung ein. Dabei bezeichnete Frei das Gesetz zur abschlagsfreien Rente mit 63 als »den größten Fehler«. Was die Zuwanderung angeht, soll bis Ende des Jahres das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz für Klarheit sorgen.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum, fehlende Pflegekräfte, unverständliche Vorgaben der kassenärztlichen Vereinigung mit Blick auf angebliche »Übersversorgung« im Schwarzwald-Baar-Kreis, die oft genug mit der Realität nicht in Einklang zu bringen sind, aber auch Digitalisierung, Forschung und Entwicklung: Das waren weitere Themen, die die Besucher mit den Politikern beim »Jetzt red i« diskutierten.



Susanne Wohlfarth prangerte die Ungleichbehandlung zwischen Apotheken und Internetversandhandel an.